

# Linke wollen Fracking-Sammelklage unterstützen

**ELMSHORN** „Ich glaube nicht, dass das Thema Fracking politisch noch zu stoppen ist“, fasste Hubertus Zdebel (Die Linke) am Freitagabend zusammen. Das Mitglied des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages referierte auf Einladung der Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Cornelia Möhring im Linken Zentrum Bauerweg in Elmshorn zum Thema „Fracking“. Seine Fraktion werde im Bundestag einen Entwurf einreichen, um Fracking gesetzlich zu verbieten. Doch sehe er wenig Chancen, dass ein grundsätzliches Verbot Erfolg habe. „Es geht wieder einmal um die Sicherung für die Konzerne“, kritisierte Zdebel. Dabei würden alle Risiken, die das Erschließen von Erdgas- oder Erdölfeldern mit sich bringe, ignoriert. „Man hat den Energiewechsel verschlafen, aber wie bei der Bankenrettung wer-

den CDU, SPD und die anderen auch den Atomausstieg finanzieren“, sagte Zdebel und ergänzte: „Konsequent wäre eine Bad Bank für Fracking.“

„Ich verstehe nicht, warum wir das nicht einfach im Boden lassen können.“

**Hubertus Zdebel**  
Bundestagsmitglied (Linke)

Auch Hansjürgen Schulz, Mitglied der Aktionsgemeinschaft „Stoppt Fracking im Großraum Kiel“, sprach sich für einen Volksentscheid beim Thema Fracking aus. „Die Bürger müssen dazu gehört werden“, so Schulz. Aktuell hoffe er, dass sich viele der 1116 Gemeinden aktiv gegen die Frackingpläne der Landesregierung wehren. Bisher sollen mehr als 100 ihren Widerstand formuliert haben. „Schleswig-Holstein ist ein Erdölland“, so Schulz. Ein Drittel der Flä-

che sei bereits für die Suche nach Erdöl unter Unternehmen aufgeteilt. 55,1 Prozent der aktuellen Erdöl-Produktion in Deutschland stamme derzeit aus Schleswig-Holstein. Das sind allerdings nur 0,8 Prozent des gesamten Energieverbrauchs“, bilanzierte Schulz. Die Reserven lägen derzeit bei 12,1 Millionen Tonnen, was für 29 Tage reichen würde. Demgegenüber stünden 2013 Erdölimporte in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro.

„Ich verstehe nicht, warum wir das nicht einfach im Boden lassen können“, sagte Zdebel. Ein Grund könnte der „Förderzins“ sein. 21 Prozent der Einnahmen aus dem Abbau der Rohstoffe sollen in die Landeskasse fließen. Die Gemeinden gehen leer aus – außer das Unternehmen führe die Gewerbesteuer vor Ort ab. „Alle vor 2014 erteilten Aufsuchungsgenehmigungen sind rechtswidrig, da die Kommunen

nicht eingebunden wurden“, sagte Schulz. Diese Tatsache sehe er als Chance, Fracking mit Unterstützung der Gemeinden zu verhindern. Ansonsten müssten sich die Bürger mit einem Volksbegehren Gehör verschaffen. Die von den mehr als 30 Zuhörern diskutierte Sammelklage könnte von den Linken unterstützt werden. „Ich finde es wichtig, dass die Men-

schen vor Ort aktiv werden, aber ich biete gerne unsere Unterstützung an, wenn sie gewünscht ist“, versprach Zdebel. Mit dem Bundesberggesetz sei Fracking schon heute zu verhindern. „Das Thema Ablehnung wegen öffentlichen Interesses ist dort klar geregelt und das kann man sehr weit fassen“, so der Bundestagsabgeordnete. haf



**Bundestagsabgeordneter Hubertus Zdebel (Die Linke, rechts) und Fracking-Gegner Hansjürgen Schulz plädierten unter anderem für einen Volksentscheid gegen das Fracking.** FRÖHLIG